
These 8

Die DDR war im Herbst 1989 bankrott. Die wirtschaftliche Bilanz nach vierzig Jahren sozialistischer Planwirtschaft der SED lautet: hoher Verschleiß der Infrastruktur und in der Industrie, tausende unbewohnbare Wohnungen, Mangel im Warenangebot, ein unverhältnismäßig großer Plan- und Verwaltungsapparat, eine auf Pump finanzierte Sozialpolitik, keine internationale Wettbewerbsfähigkeit, dramatische Verschuldung und damit Zahlungsunfähigkeit der DDR. Dies war der SED durch einen Bericht des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, bekannt.

— . — . —

Der wirtschaftliche Bankrott der DDR

Fritz Niedergesäß

Am 7. Oktober 1949 wurde auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone die DDR gegründet, nach sowjetischem Vorbild, und unter Führung der SED die Diktatur des Proletariats durchgesetzt. Das bedeutete nicht etwa, dass die Arbeiterklasse die Macht hatte: Die Macht hatte zu 100 Prozent die SED, eine Kaderpartei sowjetischer Prägung. Bereits seit der Gründung der SED, also der Zwangsvereinigung von SPD und KPD 1946, wurde mit Enteignungen und Vertreibungen der Unternehmer das Wirtschaftssystem ruiniert. Die Schaffung Volkseigener Betriebe (VEB) und Kombinate, die jeden Wettbewerb untereinander ausschalteten, konnte die Wettbewerbswirtschaft auf privater Basis nie ersetzen. Die Führungspositionen in den VEB wurden ausschließlich mit SED-Genossen

besetzt. Das waren dann überwiegend folgsame Parteika-
der, die von Wirtschaft und technischer Entwicklung
nichts verstanden. Wilhelm Pieck, der Präsident der DDR,
verkündete dann auch 1949, dass die Profite der ehemals
kapitalistischen Unternehmen jetzt dem gesamten Volk
zugute kämen und wir in der DDR nach dem ersten Zwei-
jahresplan einen nie gekannten Wohlstand haben werden.
Auf die Profite der VEB und den Wohlstand haben wir
dann bis 1990 gewartet.

Zwangsläufig setzte dann die totale Herrschaft der Pla-
nungssysteme ein. Alles musste bilanziert und vorgeplant
werden. Kein Betrieb durfte selbst entscheiden, was er pro-
duzieren und zu welchen Preisen er seine Produkte anbie-
ten wollte. Festpreise wurden eingeführt und vorgegeben.
Damit setzte die Lähmung der Kreativität der Menschen
ein. Durch sozialistischen Wettbewerb, Neuererwesen
und Auszeichnung von Bestarbeitern sollten die Bürger an-
gespornt werden, höhere Leistungen zu vollbringen. Sicher
hat in manchen Bereichen diese Bewegung zu bestimmten
Erfolgen beigetragen. Dem Wettbewerb und dem Kampf
um höhere Produktivität und Rentabilität in der Sozialen
Marktwirtschaft konnte aber das System des Sozialisti-
schen Wettbewerbs zu keinem Zeitpunkt ebenbürtig sein.
Dazu schreibt Günter Schabowski in seinem Buch *Wir ha-
ben fast alles falsch gemacht* von 2009: „50.000 Schreibti-
sche konnten nicht die Intelligenz, Initiative und Risiko-
bereitschaft von Unternehmern und die Impulse einer
Marktwirtschaft ersetzen“.

Bereits seit Anfang der 1950er Jahre fiel die Arbeitspro-
duktivität der VEB gegenüber den Unternehmen in West-
deutschland zurück. Das hat nichts damit zu tun, dass die
Menschen im Gebiet der DDR nicht hart und schwer gear-
beitet haben. Es war aber von Anfang an klar zu erkennen,
dass die Flexibilität der marktwirtschaftlich geführten Un-
ternehmen in Westdeutschland gegenüber den dogmatisch

und nach starren Vorgaben geführten VEB enorme Vorteile hatte. Nicht nur in der Beschaffung von Ausrüstungen, Maschinen, Material, Arbeitsmitteln und der Schnelligkeit und Risikobereitschaft privater Unternehmen im Entscheidungsprozess war die sozialistische Planwirtschaft unterlegen. Sie hat die Leistungsbereitschaft auf Dauer durch Gleichmacherei und die ständige Mangelwirtschaft beeinträchtigt. Daran konnte auch die Tatsache, dass über die Zeit mehr und mehr Fachleute in verantwortliche Positionen der Wirtschaft kamen, die natürlich fast ausnahmslos der Staatspartei SED angehören mussten, nichts grundlegend ändern. Die Tragik des Systems war, dass sich auch diese Fachleute nicht gegen den SED-Machtapparat aus Kreis- und Bezirksleitungen sowie dem Zentralkomitee durchsetzen konnten und auf Dauer demoralisiert wurden.

Im Befähigungsnachweis für Arbeitsschutz, den jeder haben musste, der auch nur für einen Menschen Verantwortung trug, stand auf der Innenseite des Umschlags der Satz von Lenin: „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Entscheidende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.“ Diese Forderung hat die sozialistische Planwirtschaft niemals auch nur annähernd realisieren können. Der Anspruch nach hoher Arbeitsproduktivität trieb dann seine Blüten. Die „Planerfüllung“ war das wichtigste Kriterium sozialistischer Wirtschaft. Die Bruttoproduktion musste ständig erhöht werden. So war es für die Planerfüllung besser, Fertigteile übereinander zu stapeln und Plattenbauwohnungen zu bauen, als alte Häuser zu reparieren. Reparaturarbeiten brachten keine hohen Kennziffern in der Bruttoproduktion. Also wurden von Magdeburg bis Wladiwostok Plattenbauten montiert und die Altbau-substanz ist verfallen. „Ruinen schaffen ohne Waffen“ war ein geflügeltes Wort im Sozialismus. Diese Ideologie steckte im ganzen Wirtschaftssystem der sozialistischen Staaten und hat am Ende ganze Kontinente ruiniert.

Um die jährliche Planerfüllung zu sichern, wurde auch produziert, ohne dass der Absatz zu kostendeckenden Preisen gesichert war. Das Kombinat „Sternradio“ z.B. produzierte Radios, die zu 50 Prozent nicht auf den Märkten zum Verkauf angeboten wurden. Diese Überproduktion wanderte für fünf Jahre in Lagerräume und wurde dann entweder zu Dumpingpreisen verschleudert oder zum großen Teil sogar verschrottet. Aber der Plan war erfüllt. Dieses Beispiel steht für viele Bereiche der Volkswirtschaft.

Bis 1972 gab es noch einen beträchtlichen Anteil von Privatbetrieben und Produktionsgenossenschaften (PGH). Das Politbüro der SED hat dann entschieden, dass diese Unternehmen in VEB zu überführen sind. Hier handelte es sich zum größten Teil um Betriebe, die im Dienstleistungsbereich, aber auch in der direkten Produktion angesiedelt waren. Da gab es noch Eigentümer und in den PGH Anteilseigner. In einer Nacht- und Nebelaktion wurden alle diese Eigentümer enteignet und die Betriebe in VEB überführt. Dabei wurde gegen die sich sträubenden Eigentümer Repressalien übelster Art angewendet. Steuerüberprüfungen waren ein verbreitetes Mittel, um die Eigentümer gefügig zu machen. Aber auch jahrelange Bspitzelungen durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) dienten dazu, den Widerstand der betroffenen Unternehmen zu brechen.

Das war dann auch der letzte große Schlag gegen rentabel arbeitende Betriebe. Von da an ging es rapide abwärts. Die Kombinate und VEB, die die ehemals kleinen Betriebe übernehmen mussten, hatten oft kein Interesse an der Produktpalette dieser Unternehmen, da damit die Planerfüllung nicht zu sichern war. Also wurde die Produktion vieler Gebrauchsgüter einfach eingestellt. Das führte zu Mängeln in der Versorgung der Bevölkerung und auch der Betriebe. Nach einigen Jahren wurde dann vom Planungsapparat des Zentralkomitees (ZK) der SED der Begriff der „Konsumgüterproduktion“ eingeführt. Jetzt wurden die

Kombinate und VEB dazu verpflichtet, völlig artfremde Produkte für den Bevölkerungsbedarf herzustellen. Das Transformatorenwerk in Berlin (TRO) stellte den neu entwickelten Rasenmäher „Trolli“ her, der Brückenbaubetrieb des Autobahnbaukombinats (ABK) produzierte aus den eng begrenzten Zuweisungen an Schalbrettern Karnickelbuchten. Der Erdbaubetrieb des ABK musste Flurgarderoben herstellen und in der Werft Stralsund waren 1.500 Beschäftigte nicht mit Schiffbau, sondern mit der Herstellung von Konsumgütern beschäftigt. So hatte jedes Kombinat seine Kennziffer Konsumgüterproduktion zu erfüllen. Jeder kann sich vorstellen, wie uneffektiv dieser ganze Produktionsapparat zwangsläufig sein musste.

Die „Infrastruktur“ litt unter der Unfähigkeit des Systems, wenigstens den Bestand zu erhalten. Wenige Neubauten im Verkehrswegesystem konnten diesen Zustand nicht aufhalten. Auf dem 7. Parteitag in den 1960er Jahren hatte die SED beschlossen, den Kapitalismus nicht nur einzuholen, sondern gleich zu überholen. So wurde beispielsweise beschlossen, sofort mit einem Autobahnbauprogramm zu beginnen. Aus dem Stand heraus sollten umgehend hundert Kilometer Autobahn pro Jahr gebaut werden. Die Realität waren dann zwanzig Kilometer, Spitzenleistung dreißig Kilometer pro Jahr. Weder das Material noch die Unterkünfte für die Bauarbeiter in den Territorien, noch die Maschinen und Geräte sowie die Zulieferungen der Industrie konnten gesichert werden. Solche Fehleinschätzungen in einem System der „Planwirtschaft“ sagen alles über diesen Staat aus.

Die Deutsche Reichsbahn ist mit 4.000 Langsamfahrstellen in die Einheit 1990 gegangen. Das eigentliche Haupttransportmittel war völlig vernachlässigt, auch die Gleisanlagen und die Bahnhöfe. Vor allem auch der Bestand an Lokomotiven litt unter hohem Energieverbrauch und zu langen Laufzeiten.

In den Kommunen wurden die Ver- und Entsorgungssysteme auf Verschleiß gefahren. Wasserversorgung in einem heißen Sommer wurde vielerorts kritisch. An die Entwässerung waren schätzungsweise 30 Prozent der Wohnungen auf dem Gebiet der DDR nicht angeschlossen. Der Altbaubestand der Wohnungen war für alle sichtbar wohl die übelste Erscheinung des Sozialismus. Die Innenstädte verfielen, am Stadtrand wurden Plattenbauten errichtet. Es ist der DDR niemals gelungen, die Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu versorgen.

Auf einen Telefonanschluss musste man zwanzig bis 25 Jahre oder noch länger warten. Die Wartezeiten auf einen PKW sind Legende. Letztendlich hat vieles nur noch funktioniert, weil durch Tauschhandel und „Feierabendarbeit“ – so nannte man die Schwarzarbeit in der DDR – das Getriebe in Bewegung gehalten wurde.

Ein besonders trauriges Kapitel ist die Umweltverschmutzung. Die Flüsse waren stinkende Kloaken. Industrieabwässer, Überdüngung in der Landwirtschaft, kommunale Entwässerung waren die Hauptgründe für diesen traurigen Zustand. Kohlekraftwerke berieselten kilometerweit die Umgebung. Nach dem Mauerfall wurde der Staubausstoß um 94 Prozent verringert. Die Höhepunkte der Umweltverschmutzung waren sicher im Bereich der Chemiekombinate anzutreffen. Buna, Leuna, Wolfen, Bitterfeld lösen heute noch üble Erinnerungen aus. Ganz zu schweigen von den Bergbaugebieten in Sachsen und Thüringen, in denen der Uranbergbau riesige Schäden an Natur und Menschen hinterlassen hat.

Anfang der 1980er Jahre kam es dann zum großen Energieknick, den das sozialistische Lager trotz der garantierten Gas- und Öllieferungen aus der Sowjetunion nicht mehr kompensieren konnte. In den Betrieben wurden ganze Abteilungen gebildet, die sich nur noch mit der Beschaffung und Verteilung von Energie befassen mussten. Im Bauwesen

fehlte es an Diesel und Benzin, elektrische Geräte wurden eingezogen. Oft standen pro Monat eine Woche Bagger und Kraftfahrzeuge still, weil der Treibstoff fehlte. Verdeckte Arbeitslosigkeit infolge Materialmangels war eine ständige Begleiterscheinung sozialistischer Wirtschaft. Dazu kam ein weiteres Problem, das die sozialistische Planwirtschaft gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft ins Abseits gestellt hat. Die Energieeffizienz im gesamten sozialistischen Lager war einfach eine Katastrophe. Hier ein Vergleich: Das Bauwesen wurde fast ausschließlich mit Kraftfahrzeugen aus dem RGW-Raum (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) versorgt. Da gab es den sowjetischen Kipper „Krass“. Dieser LKW hatte bei einer Nutzlast von zwölf Tonnen einen Dieserverbrauch von rund sieben Litern pro hundert Kilometer. Seit 1978 gab es in der DDR auch Kipper von Mercedes. Diese hatten eine Nutzlast von dreißig Tonnen und einen Verbrauch von dreißig Litern pro hundert Kilometer. Doch damit nicht genug, 50 Prozent seiner Lebenszeit hat der KRASS in der Werkstatt verbracht. Die Mercedes-Kipper waren nach zehn Jahren rund eine Million Kilometer gefahren und haben nicht eine Stunde wegen großer Reparaturen in der Werkstatt gestanden. Der „Krass“ war in der gleichen Zeit nur auf 300.000 Kilometer gekommen. Ich glaube, dieser Vergleich macht den Unterschied zwischen sozialistischer Planwirtschaft und Sozialer Marktwirtschaft deutlicher als viele andere Vergleiche.

Eine Folge der Energiekrise ab 1982 war die Energieträgerumstellung (ETU). Überall, wo Öl und Gas benutzt wurde, sollte nun die Braunkohle für die Energieerzeugung eingesetzt werden. Das hatte zur Folge, dass die Energieeffizienz weiter abrutschte und allein die gewaltigen Baumaßnahmen zum Neubau von Heizkraftwerken und sonstigen Energieerzeugungsanlagen und zum Abriss der Gas- und Ölheizwerke die Bauwirtschaft der DDR überforderten. Dazu kam noch, dass die einseitige Ausrichtung auf Braunkohle zu den

bekannten Einbrüchen bei strengem Frost in den Braunkohletagebauen führte. Allein schon der Transport der Rohbraunkohle in die Heizkraftwerke der gesamten DDR war aufgrund des hohen Wasseranteils an der Tonnage ein extrem uneffektives Unterfangen, von der Abführung der Braunkohlenasche ganz zu schweigen.

Die DDR war nicht in der Lage, die einfache Reproduktion sicherzustellen, geschweige denn die erweiterte Reproduktion zu gestalten. So kam es dazu, dass der Abstand zu den westlichen Ländern immer größer wurde. Die Ausrüstungen in den großen Produktionsbetrieben waren überwiegend völlig überaltert. Die Abhängigkeit der DDR-Industrie von Lieferungen aus dem RGW-Raum spielte dabei eine wichtige Rolle. Seit den 1960er Jahren hat die SED auch aktiv eine Wirtschaftspolitik der „Störfreimachung“ betrieben: eine Abkopplung des Handels mit Staaten aus dem Nicht-Sozialistischen-Währungsgebiet (NSW). Diese Fehlentscheidung hat wesentlich dazu beigetragen, dass die technische Entwicklung von den fortschrittlichen Entwicklungen weltweit abgeschnitten wurde und kein Austausch von Gedanken und Erfindungen mehr möglich war. Versuche in den 1980er Jahren, diese Entscheidung teilweise zu korrigieren, sind mit einem hohen Preis bezahlt worden. Insbesondere nach dem Fall der Mauer hat sich dieser Umstand katastrophal für die gesamte Exportindustrie der DDR ausgewirkt. Rund 90 Prozent des Handels hat die DDR mit dem sozialistischen Lager betrieben. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus von Magdeburg bis Wladiwostok und von Rostock bis Sofia waren die Absatzmöglichkeiten für die einseitig abhängige Industrie plötzlich verschwunden. Diesen Schock hätte auch die vitale Industrie der Sozialen Marktwirtschaft nicht überlebt.

Es ist eine ungeheure Behauptung der Partei „Die Linke“ und weiterer Anhänger sozialistischer Ideen, dass die Treuhand die DDR-Industrie ruiniert hat. Es war auch nicht die

Einführung der D-Mark durch Helmut Kohl, die angeblich zum Zusammenbruch des gesamten RGW-Raumes geführt hat. Es waren eine jahrzehntelange Auszehrung der Wirtschaft, der Ressourcen und die Demoralisierung der Menschen durch ein unfähiges System, die den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers verursacht haben.

Mein ehemaliges Kombinat hat den Weg in die Soziale Marktwirtschaft erfolgreich beschritten. Wir waren allerdings auch am Abbruch von rund 25 Prozent der Industriebetriebe der DDR nach dem Mauerfall beteiligt, die den Übergang in die Soziale Marktwirtschaft nicht schaffen konnten. Es kann sich keiner vorstellen, wie marode die Industrieanlagen wirklich waren, der diesen Zustand nicht mit eigenen Augen gesehen hat. Vor den Menschen, die bis zum Schluss in diesen Fabriken unter teilweise abenteuerlichen Bedingungen geschuftet haben, sollte sich jeder in Ehrfurcht verneigen.

Der Sozialismus war nie eine Alternative für die Zukunft der Menschheit und wird es auch in Zukunft nicht sein. Václav Havel hat das bereits in seinem Brief 1974 an den damaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Gustáv Husák, eindrucksvoll nachgewiesen. Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

Die Diktatur des Proletariats war nur ein Feigenblatt für die totale Herrschaft des SED-Machtapparates. Sie musste scheitern, da die Menschen ihrer freien Entwicklung beraubt, kulturell, sozial und wirtschaftspolitisch eingeschränkt wurden und ihre Fähigkeiten nicht entwickeln und zum Tragen bringen konnten.

Literatur

Havel, Václav: Am Anfang war das Wort. Texte von 1969 bis 1990. – Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1990.